

»Daten sind
das Öl des
21. Jahrhunderts«

Katharina Hanser
zur Smart-City-Strategie



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Juli/August 2023



Hörbare Kritik, spürbare Veränderung

Kritik braucht eine Stimme, aber am Ende auch spürbare Veränderungen – egal, ob es um die Haushaltssperre, die Lebensbedingungen Armutsbetroffener oder das selbstherrliche Amtsverständnis des Oberbürgermeisters geht.

» Seiten 2, 3 und 7

Nur mit links

Der Unterschied zwischen Rechten und LINKEN: Erstere treten nach unten, letztere legen sich mit den Mächtigen an

Am 4. Juli fand die Fête de l'Europe in Dresden statt. Der Stargast aber hatte abgesagt. Emmanuel Macron blieb in Paris, in dem Unruhen wüteten. Es waren unter anderen Mitglieder der LINKEN, die am Rande des Festes an den Auslöser der Proteste erinnerten – der Tod des jungen Nahels aus den Banlieues von Paris, den Vororten, die sinnbildlich für die sozialen Verwerfungen in einem reichen Land stehen. Macron indes versucht die Scherben seiner und der Politik seiner Vorgänger aufzukehren: Fehlende Integration migrantischer Jugendlicher, Armutsquar-

tiere, neoliberale Zumutungen für die Bevölkerung.

In Dresden wurde Europa gefeiert – während das Versprechen Europas einer freien Gesellschaft mit Wohlstand für die Vielen zur Disposition steht. Da ist es wichtig, dass an diese sozialen Schieflagen erinnert wird – und zwar von links. Protest gegen Ungerechtigkeiten braucht eine linke Stimme.

Eine rechte gibt es nicht, denn soziale Gerechtigkeit funktioniert nicht, wenn sie auf dem Gegenüber einander zwischen den weniger Armen und den ganz Armen fußt. Das gilt für Paris wie Dresden. Wenn

die Haushaltssperre die soziale Infrastruktur gefährdet, sich der Oberbürgermeister aber eine Großgruppenreise zur Bundesgartenschau gönnt, wenn das Deutschlandticket an Verwaltungsangestellte und Ratsmitglieder ausgereicht, aber Sozialticketnutzerinnen und -nutzern verweigert wird, wenn kommerziellen Stadtfestmachern der rote Teppich ausgerollt wird, selbstverwaltete Stadtteilstellen aber den Bach runtergehen, dann tut nicht nur Kritik, sondern auch Veränderung von links not. Dazu braucht es eine hör- und sichtbare LINKE.

Thomas Feske

HAUSHALTSSPERRE Harte Folgen nach Gutdünken

Was ist das eigentlich eine Haushaltssperre? Die Gemeindehaushaltsverordnung sagt in §32 (Haushaltswirtschaftliche Sperre): »Wenn die Entwicklung der Einnahmen oder Ausgaben es erfordert, ist die Inanspruchnahme von Ausgabeansätzen und Verpflichtungsermächtigungen durch den Leiter der Finanzverwaltung zu sperren. Der Gemeinderat kann eine Sperre aufheben.«

Dieser Paragraph hängt eine harte Rechtsfolge an eine sehr weiche Grundlage. Denn ob und wann die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben eine Sperre erfordert, hängt vom Ermessen des Leiters der Finanzverwaltung ab. Im konkreten Fall in Dresden letztlich vom Oberbürgermeister. Und dass die Stadt vermutlich weniger einnehmen wird als erwartet, vermutlich mehr ausgeben wird als erwartet und damit in ein Defizit schlittert, kann jederzeit behauptet werden. » Seite 2

Von Risiken und Nebenwirkungen

Die Haushaltssperre verschärft die ohnehin schwierige Situation in der Jugendhilfe. Ein Gastbeitrag von *Anja Stephan*



In den Ferien basteln, malen und spielen? Unsicher!

Bei uns verbringen Kinder und Jugendliche ihre Freizeit, Familien treffen sich in Eltern-Kind-Gruppen und finden Unterstützung durch meine Kolleginnen in der Kontaktstelle für werdende Eltern oder im Projekt »Wellcome - Praktische Hilfe nach der Geburt« und selbstverwaltete Gruppen können unsere Räume außerhalb der Treffzeit nutzen.

Alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten im Auftrag der Stadt und richten sich an Kinder, Jugendliche und Familien. All das wird durch die Haushaltssperre gefährdet. Über die Frage, ob Jugendarbeit eine Pflichtleistung oder eine sogenannte freiwillige



Zur Person

Anja Stephan ist Sozialarbeiterin und Teamleiterin im offenen Kinder- und Jugendtreff »Louise« in der Dresdner Neustadt

Leistung ist, wird viel gestritten. Aktuell werden wir wie eine Pflichtleistung behandelt. Das heißt Personalkosten, Miete und andere unabwendbare Ausgaben - wie Strom, Wasser usw. - werden von der Stadt bezahlt. Die Sachkosten für Ausflüge, Eintritt, pädagogisches Material oder Honorare sind allerdings von der Haushaltssperre betroffen.

Unsicherheit und Frust vor den Sommerferien

Besonders schwierig ist, dass die Kommunikation dazu seitens der Verwaltung so dürftig ist. Die meisten Angebote und

Projekte haben noch nicht einmal einen Zuwendungsbescheid und kennen also die finanzielle Grundlage ihrer Arbeit noch nicht, das erzeugt viel Unsicherheit und Frust. Das erste halbe Jahr ist schon vorbei, die Sommerferien mit extra Programmen stehen vor der Tür und keiner weiß, was können wir bezahlen: Fahren wir ins Freibad, wenn sich das unsere Nutzerinnen und Nutzer wünschen? Können wir für die geplante Zirkuswoche erfahrene Honorarkräfte beschäftigen? Was, wenn alle Tischtennistischen durchgespielt oder alle Fuß-

Neue Förderinstrumente können nicht genutzt werden

bälle durchgetreten sind, kann ich die dann ersetzen?

Hinzu kommt, dass der Jugendhilfeausschuss mit seinem Beschluss Ende März neue Förderinstrumente aufgelegt hat, sogenannte Fonds, um flexibel auf weitere Bedarfe reagieren zu können und Hindernisse im Verwaltungsverfahren abzubauen. Die Verwaltung des Jugendamtes hat jetzt mitgeteilt, dass alle Fonds nicht zur Verfügung stehen. Das betrifft zum Beispiel Dolmetscherkosten und flexible Stunden, die wir benötigen, um Nutzerinnen und Nutzer schnell zu unterstützen und zum Beispiel zum Jugendamt oder Jobcenter zu begleiten.

Die Haushaltssperre verschärft die ohnehin schwierige Situation in den Einrichtungen der Jugendhilfe - Inflation, explodierende Energiepreise usw. - und geht zu Lasten der Schwächsten in Dresden. Wir erwarten, dass das Jugendamt und Bürgermeister Donhauser bei der Stadtkämmerei erwirken, dass die Haushaltssperre schnellstmöglich aufgehoben wird und die Planungssicherheit für die Sozialarbeit wiederhergestellt wird. *Anja Stephan*

KOMMUNALE FINANZNOT

Kein Geld für Soziales

Die aktuelle Haushaltssperre wird hauptsächlich begründet mit Mehrausgaben durch die hohe Zahl von Geflüchteten und fällt gleichzeitig in die Zeit eines harten politischen Kampfes zwischen Bund und Kommunen, wer für diese Kosten aufkommen muss. Da kommt eine Haushaltssperre in einer großen Stadt wie Dresden gerade recht, um die kommunale Finanznot darzustellen. So weit, so gut, könnte man annehmen. Denn wenn dieser Kampf ums Geld am Ende zugunsten der Kommunen ausgeht, können wir das als LINKE-Kommunalpolitiker nur begrüßen. Und vielleicht ist so auch die aktuelle Wortmeldung der Dresdner FDP zu verstehen, die öffentlich behauptet, Dresden gebe zu viel Geld für So-

ziales und öffentlichen Verkehr aus. Denn damit unterstützt sie indirekt ihren Bundesfinanzminister, fällt aber gleichzeitig der Stadt Dresden in den Rücken.

Während DIE LINKE also dem Oberbürgermeister im Kampf um Bundesgeld zur Seite steht, kritisieren wir ihn hart in der Umsetzung der Haushaltssperre. Denn er sperrt Gelder auch im Bereich Sport, Jugendhilfe, Kultur und freier Wohlfahrtspflege. Dort aber sind Vereine tätig, die die Folgen nicht ausgleichen können. Gleichzeitig sträubt er sich aber, puren Luxus wie zum Beispiel seine große Gruppenreise nach Mannheim oder seine Rathausparty für 18-jährige mit immerhin über 3000 Besucherinnen und Besuchern auf Sparflamme zu setzen. *Tilo Kiebling*



Bei konsumtiven Ausgaben: alle Ampeln auf Rot



Der Luisenpark in Mannheim

GERICHT RÜGT OBERBÜRGERMEISTER

Hilberts Klassenfahrt

Am 26. Juni 2023 hat der 4. Senat des Sächsischen Obergerichtes eine einstweilige Anordnung gegen Oberbürgermeister Hilbert erlassen und ihn verpflichtet, den Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema »Eilantrag zur Vermeidung einer Reise des gesamten Stadtrates nach Mannheim« unverzüglich auf die Tagesordnung des Dresdner Stadtrats zu setzen. Der gerichtliche Beschluss ist unanfechtbar.

Das Gericht begründete seinen Beschluss unter anderem damit: »Es liegt auf der Hand, dass das betroffene Organ sich mit einer für eben dieses Organ geplanten Aktivität selbst befassen und dazu ggf. Beschlüsse treffen darf.« Es könne »handfeste Gründe geben, eine solche Reise abzuleh-

nen, etwa die Frage, welche Außenwirkung sie für den Stadtrat als Organ entfaltet oder auch die Frage des sparsamen Umgangs mit öffentlichen Geldern, die sich unabhängig davon stellt, aus welcher Haushaltsposition die Reise bezahlt werden soll.«

Die Fraktion DIE LINKE hatte ihren Eilantrag bereits im März 2023 gestellt. Der Antrag hätte auf den Stadtratssitzungen im April, im Mai und im Juni behandelt werden können bzw. müssen. Doch Hilbert ging auf Konfrontationskurs und verweigerte die Behandlung des Antrags im Stadtrat. Das hat den kritischen Blick der Öffentlichkeit darauf gelenkt und zahlreiche Ratsmitglieder zum Nachdenken gebracht: Mehr als die Hälfte sagte ihre Teilnahme an Hilberts »Klassenfahrt« wieder ab.

Die Redaktion

SELBSTORGANISATION ERMÖGLICHEN

Feste feiern

BRN? Elbhangfest? Hechtfest? Die großen Stadtfeste sind ausgefallen. Und was machen die, denen sie am Herzen lagen? Feiern trotzdem und organisieren kleinere Nachbarschaftsfeste. So gut es geht. Denn: die Hürden sind hoch und die Kosten auch. DIE LINKE hat darum einen Antrag eingebracht, der auf eine Entbürokratisierung der Anmeldeverfahren abzielt. LINKEN-Stadtrat Tilo Kießling meint: »Die weggefallenen Feste sind für viele Dresdnerinnen und Dresdner ein herber Verlust. Wo in den Genehmigungsbehörden der Amtsschimmel wiehert, stirbt jedes Engagement der Leute vor Ort für ihre Feste. Deshalb brauchen Stadtteilfeste nicht nur Geld aus dem Kulturbereich, sondern auch an anderer Stelle eine Verwaltung, der gemeinsames Feiern kein Dorn im Auge ist, sondern die Selbstorganisation ermöglicht und unterstützt.«

Die Redaktion



Damit die Musik wieder spielt in Dresden

Kraft zur positiven Veränderung

LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach äußert sich zur aktuellen Situation im Dresdner Stadtrat

Anfang Juni haben Anne Holowenko und Magnus Hecht ihren Wechsel von der LINKEN zur SPD erklärt. Wie wurde dieser Schritt in Partei und Fraktion bewertet?

Gerade zum Ende einer Wahlperiode hin kommt es vor, dass sich Stadträte politisch neu orientieren und ihre Perspektive in einer anderen Partei sehen. Viele Genossinnen und Genossen waren zu Recht von diesem Schritt enttäuscht. Die beiden Vorsitzenden der



»Ich möchte meinen Beitrag leisten, damit unsere Partei ihrer Aufgabe wieder besser gerecht werden kann«

André Schollbach

Dresdner LINKEN, Jacqueline Muth und Jens Matthis, haben Anne Holowenko und Magnus Hecht gebeten, ihre Stadtratsmandate niederzulegen. Dies ist auch eine Frage des Respekts vor der politischen Entscheidung der Wählerinnen und Wähler bei der Kommunalwahl 2019. DIE LINKE befindet sich zweifelsohne seit längerer Zeit in einer schwierigen Situation. Aber meine Entscheidung ist klar. Ich möchte meinen Beitrag leisten, damit unsere Partei ihrer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe als linke Partei wieder besser gerecht werden kann.

Momentan bekommt man den Eindruck, dass DIE LINKE nach dem Austritten umso präsenter in der Öffentlichkeit ist – vor allem als Gegenüber zum Oberbürgermeister. Ist das das Prinzip »dagegen«?

Der Oberbürgermeister ist seit seiner Wiederwahl regelrecht auf Konfrontationskurs zum Stadtrat gegangen und hat vorhandene Gräben vertieft, statt sich als Brückenbauer zu versuchen. Sogar die Dresdner Medien bewerten sein politisches Agieren inzwischen kritisch. Wir treten dieser Amtsführung im Stile des Gutsherrn erhobenen Hauptes entgegen. Zuletzt verweigerte Herr Hilbert über mehrere Monate hinweg die Behandlung eines Antrags der LINKEN zu einer »Klassenfahrt« des gesamten Stadtrates zur Bundesgartenschau nach Mannheim. Ein derart undemokratisches Verhalten können und wollen wir nicht akzeptieren.

Kritik ist die eine Seite, kann DIE LINKE auch die Kraft zur Gestaltung, zur positiven Veränderung aufbringen?

Das ist unser Anspruch. Wir haben zum Beispiel gerade einen Antrag zum Erhalt der Stadtteilfeste gestellt, nachdem das Elbhangfest, das Hechtfest und die Bunte Republik Neustadt abgesagt wurden. In der letzten Stadtratssitzung ist es uns gelungen, Verbesserungen für den Dresden-Pass im Bereich der Kultureinrichtungen und bei der Nutzung von Bus und Bahn durchzusetzen. Aktuell kämpfen wir dafür, dass die Robotron-Kantine wiederbelebt wird, nachdem wir in der vergangenen Wahlperiode bereits den Abriss verhindern konnten.

Das Interview führte Thomas Feske

Hände aus den Taschen!

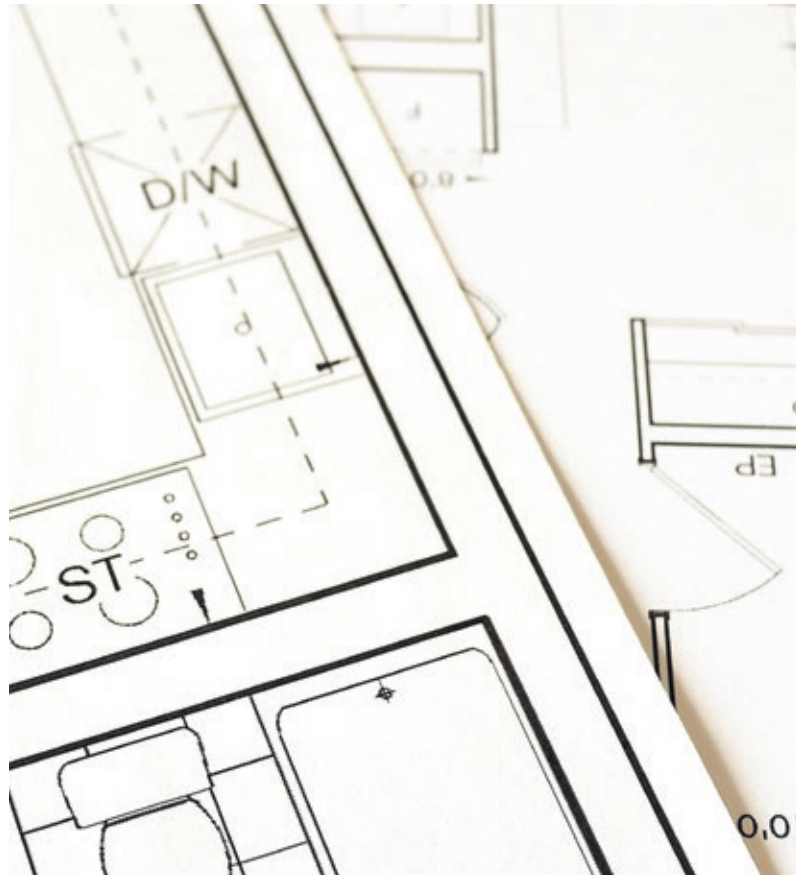
Die Stadt Dresden muss in Wohnungen investieren

Die Pressemitteilung 230 des Statistischen Bundesamtes vom 16. Juni hat es in sich. Die Zahl der genehmigten Wohnungen von Januar bis April war um 27,3 Prozent geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, wobei bei Neubauten sogar ein fettes Minus von 30,3 Prozent verzeichnet wurde. Hochgerechnet auf das Jahr ergeben sich mit genehmigten 75.000 Wohnungen im ersten Drittel also etwas über 200.000 neue Wohnungen, wobei das Ziel der SPD-geführten Bundesregierung von 400.000 Neubauwohnungen jährlich völlig verfehlt werden wird. Möglicherweise bilden die Zahlen auch noch nicht das volle Ausmaß

Wohnen ist Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt

der Wohnungskatastrophe ab, denn am Jahresanfang sind noch Wohnungen in die Genehmigung gegangen, die schon vor der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage geplant worden waren. Es wird jedoch derzeit bei weitem nicht jede genehmigte Wohnung auch umgesetzt werden. Das dicke Ende bei den ausbleibenden oder verzögerten Wohnungsfertigstellungen käme demnach noch.

Die Ursache für den regelrechten Absturz des Wohnungsbaus sind horrend steigende Baukosten sowie höhere Zinsen für Baufinanzierungen. Die sich daraus ergebenden Kauf oder Mietpreise können einfach mit einem Durchschnittseinkommen, sei es als Einzelperson oder Familie, nicht mehr bezahlt werden, es sei denn, man findet sich damit ab, sein ganzes freies Einkommen für die Wohn-



Wohnungen nicht nur planen, sondern bauen

kosten aufzuwenden. Die horrend steigenden Wohnnebenkosten, vor allem für Energie, kommen ja noch dazu.

Woher kommt eigentlich die Wohnungsnot? Erstens haben auch Wohnungen ihren demografischen Zyklus, nicht jede frei werdende Wohnung kann ohne aufwendige Sanierungen gleich wiederverwendet werden. Und zweitens wächst in Deutschland die Bevölkerung, zwischen 2012 und 2022 von 80,3 auf 84,3 Millionen Menschen. Die wollen irgendwo wohnen. Gleichzeitig wurde die Ausweisung neuer Baugebiete erschwert und Bauland verteuerte sich, nämlich

von 129 auf 225 Euro pro Quadratmeter, das ist beinahe eine Verdoppelung.

Sinkender Wohnungsbau und steigende Wohnkosten

Während Baufirmen und Projektentwickler leiden, machen Immobilienfirmen vor allem in den Großstädten mit dem knappen Bestand den Reibach. Zwischen 2010 und 2020 stiegen beispielsweise die Mieten in Berlin im Schnitt um 112 Prozent oder in Süddeutschland um über 60 Prozent. Dresden hält, für eine Stadt in Ostdeutschland, mit einer

Steigerung von 35 Prozent »gut« mit. Da Marktversagen am Wohnungsmarkt mit steigenden Preisen »belohnt« wird, wird es dieser Markt nicht alleine regeln. In Dresden ergibt sich daher die Konsequenz, den vor dem Hintergrund der geschilderten Preissteigerungen gestoppten kommunalen Wohnungsbau, so schnell wie möglich wiederaufzunehmen.

Problem ist, die durch den Freistaat zu leistende Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist in Kombination mit einer Finanzierung am Kapitalmarkt, refinanziert aus der Sozialmiete, nicht kostendeckend. Zwar hat der Freistaat Sachsen die Förderung im Frühjahr erst erhöht, allerdings nicht an die Baukosten gekoppelt, also dynamisiert. Damit läuft die Förderung der Kostenentwicklung hinterher.

Eine Lösung wäre, dass die Stadt eigenes Geld in die Hand nimmt, um in Wohnungen zu investieren. Denn bis auf die Bereitstellung von Grundstücken und der Übernahme von Projektentwicklungskosten und Sonderkosten bei der Herrichtung der Grundstücke, etwa dem Abriss alter baulicher Anlagen, baut die Stadt zum Nulltarif. Die Förderung des belegungsgebundenen Wohnungsbaus ist ein Zuschuss, der nicht zurückgezahlt werden muss, während die Kredite über die Miete abgezahlt werden. Mit etwa neun Millionen Euro könnte der städtische Wohnungsbau der WiD wiederaufgenommen werden. Baureif sind zumindest drei Vorhaben an der Bundschuhstraße, der Schönaer Straße und der Braunsdorfer Straße mit insgesamt 130 Wohnungen. Nicht, dass der Freistaat das missversteht, wir müssen weiter auf eine auskömmliche Förderung des Sozialwohnungsbaus bestehen. Und wir brauchen ein Umdenken. Wohnen ist Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt.

Tilo Wirtz

ROBOTRON-KANTINE

Ein cooler Ort mitten in Dresden

Wer in den letzten drei Jahren zu den verschiedensten Formaten von Veranstaltungen und Ausstellungen in der Robotron-Kantine war, konnte erkennen, welche Möglichkeiten dieser Ort bietet. Das Kunsthaus, welches an vielen Stellen der Stadt Ausstellungen, Ver-

anstaltungen und Performances durchführt, soll mitten in die Stadt kommen. Unsere Stadträtin Anja Apel dazu: »Ob Ostrale oder Tanz zur Theaternacht, die Robotron-Kantine ist einfach ein cooler Ort mitten in Dresden. Ich bin froh, dass DIE LINKE dafür gesorgt hat, dass die Robotron-Kantine nicht abgerissen wurde.«

Die Redaktion



Das Kunsthaus kriegt ein Kunsthaus

Fortschreibung der Schulnetzplanung

Alle fünf Jahre überprüft und aktualisiert die Stadt Dresden die mittel- und langfristige Entwicklung ihrer Schulinfrastruktur



Ein moderierter Prozess: Schule gemeinsam planen

Die Öffentlichkeit sollte frühzeitig an diesem Prozess beteiligt werden. Vom 25. April bis 21. Mai fanden erstmalig fünf Regionalkonferenzen zur Vorstellung der Pläne statt. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter der Schulen, der Kreiselterner- und Stadtschülerräte, des Landesamtes für Schule und Bildung, der Stadtverwaltung und der Stadtbezirke sowie die Stadträte und Stadträtinnen aus dem Bildungsausschuss.

Nach der Vorstellung der Planungen konnten Fragen gestellt werden. Die

meisten Fragen wurden zur Erhebung der statistischen Daten gestellt, auf deren Basis die Schulnetzplanung erfolgte. Die Fragen konnten von der Landesstelle für Statistik leider nicht immer zufriedenstellend beantwortet werden. Klar ist: Ein deutlicher Rückgang der Geburten führt in den Regionen unterschiedlich schnell zu einer deutlichen Entspannung an den Kitas und folgend an den Grundschulen sowie anschließend an den weiterführenden Schulen. In einigen Gebieten entstehen neue

Wohnviertel, das wurde nach Meinung der Elternvertretungen nicht immer ausreichend berücksichtigt.

Danach begab man sich in verschiedene Gesprächskreise. Oberschulen und Gymnasien berieten zusammen und sammelten grundsätzliche Fragen und Probleme, welche dann anschließend im gesamten Plenum vorgetragen wurden. Besonders positiv empfanden alle, dass trotz zurückgehender Schülerzahlen keine Schließung von Einrichtungen vorgesehen ist. Die Forderung nach

mehr Gemeinschaftsschulen wurde seitens der Elternvertreter bei allen fünf Regionalkonferenzen eingebracht.

Deutlich wurden die besonderen Herausforderungen an den Oberschulen. Dort lernen zum Beispiel viel mehr Jugendliche mit einer Behinderung als an den Gymnasien. Die Oberschulen tragen die Hauptlast der Integration und müssen zunehmend auch Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die von den Gymnasien zurückkehren.

Die Probleme der Grundschulen waren sehr unterschiedlich. Die Grundschulen von Schönfeld und Weißig hatten zum Beispiel eher ein Problem mit der schlechten verkehrlichen Anbindung. So müssen sie zum Beispiel die Nachmittagsangebote dauernd unterbrechen, um wieder Kinder zum Bus zu schicken. Die Grundschulen in Leuben

Positiv empfanden alle, dass keine Schließung von Einrichtungen vorgesehen ist

besuchen hingegen eine große Anzahl von Kindern mit Deutsch als Zweitsprache. Diese Schulen wünschen sich eine gleichmäßigere Verteilung der DAZ-Klassen (Deutsch als Zweitsprache) auf alle Grundschulen. Die Schulleitungen können nun noch Einzelgespräche mit dem Amt für Schulen vereinbaren. Der Entwurf wird danach noch einmal überarbeitet und durchläuft dann die Stadtbezirke, die Ortschaften und den Stadtrat.

DIE LINKE hat die Forderungen der Eltern nach mehr Gemeinschaftsschulen aufgenommen und einen Antrag dazu in den Stadtrat eingebracht. Weiterhin fordern wir, dass die geringeren Schülerzahlen genutzt werden, um kleinere Klassen zu bilden, damit Integration besser gelingen kann. *Anja Apel*



Gemeinsam lernen! Damit die Neugier erhalten bleibt

FÜR MEHR GEMEINSCHAFTSSCHULEN

Länger gemeinsam

Der Wunsch vieler Dresdner Eltern nach längerem gemeinsamen Lernen für ihre Kinder kam deutlich in den Anmeldezahlen für das Schuljahr 2023/24 zum Ausdruck, denn diese waren bei den beiden Dresdner Gemeinschaftsschulen besonders hoch. Daher konnten leider nicht alle Kinder berücksichtigt werden.

Der Kreiselternerat forderte darum sechs weitere Gemeinschaftsschulen für Dresden in den nächsten Jahren. Neue Schulstandorte sind zwar eher unwahrscheinlich, aber auch durch eine Schulartänderung können neue Gemeinschaftsschulen gebildet werden. Doppelstandorte (z.B. Oberschule und Gymnasium) bieten diesbezüglich die besten Voraussetzungen.

In einem interfraktionellen Antrag von LINKE und SPD wird der Oberbürgermeister aufgefordert zu prüfen, welche Schulstandorte zu einer Gemeinschafts-

schule entwickelt werden könnten. Fußend auf den bisherigen Erfahrungen soll ein dauerhaftes Beratungsangebot seitens der Stadt geschaffen werden. Im Falle zukünftiger Neueinrichtungen von Schulstandorten ist grundsätzlich zu prüfen, ob dieser für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule geeignet ist.

LINKE-Stadträtin Anja Apel sagt: »Wir kommen mit weiteren Gemeinschaftsschulen einem Wunsch vieler Familien nach. Aber ich möchte auch noch einen Perspektivwechsel vornehmen. Als Lehrerin bin ich überzeugt, dass ein längeres gemeinsames Lernen pädagogisch sinnvoll ist, um mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung zu erreichen. Nach über zwanzig Jahren Gymnasium und nun 15 Jahren Erfahrung an der Freien Alternativschule, erlebe ich, dass alle Kinder und Jugendliche einen Vorteil vom gemeinsamen Lernen haben.« *Die Redaktion*

ZWANGSARBEITS- UND ENTBINDUNGSLAGER HELLERBERG

Geschichte als Mahnung

In der letzten Ausgabe war zu lesen, dass im März 1943 die Deportation der jüdischen Gefangenen des Lagers Hellerberg nach Auschwitz erfolgte. Für die meisten dieser Jüdinnen und Juden führte der Weg direkt in die Gaskammern. 50 von ihnen arbeiteten noch eine Zeit lang im Konzentrationslager. Nur zehn erlebten die Befreiung von Auschwitz.

Nach der Deportation der jüdischen Ghettobewohner wurde das Lager umgenutzt. Mittlerweile waren im Goehle-Werk ausschließlich Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt. Bei einer Schwangerschaft wurden diese ab 1942 nicht mehr entlassen, sondern vor dem Hintergrund des zunehmenden Mangels an Arbeitskräften gezwungen, ihre Kinder in sogenannten »Kindersammelstätten« abzugeben.

Eine solche stellte das nun auf dem Gelände des ehemaligen Judenlagers eingerichtete Entbindungslager »Kiesgrube« dar. Von Mai 1943 bis zum Kriegsende wurden mindestens 497 Kinder im Lager geboren. Von diesen kamen nachweislich 225 ums Leben. Für viele der übrigen Kinder blieb das weitere Schicksal ungeklärt. Auch hier zeigte sich die ganze Perfidität eines ausbeuterischen Systems, das den Wert eines Menschenlebens von dessen Ausbeutungsfähigkeit abhängig macht.

Am Fuße des Hammerwegs befindet sich nunmehr ein »DenkZeichen«, das über das »Judenlager Hellerberg« aufklärt. Darüber hinaus ist dieser historische Ort Bestandteil des Projektes »Gedenkareal Dresdner Norden«. Geschichte soll so nachvollziehbarer werden und als Mahnung in die Gegenwart wirken. *Margot Gaitzsch*



Gebäude des Goehle-Werks von Zeiss Ikon in Dresden



Blick auf das Prohlis Zentrum

Es tut sich was

Der nun vorgelegte Masterplan für Prohlis umfasst 368 Seiten. Nicht mal was zum schnell überfliegen, aber ein Plan mit Potenzial

Als zentrale Komponenten wurden festgeschrieben: Soziale Durchmischung erhöhen und Zusammenhalt im Stadtteil stärken, Klimaanpassung und Klimaneutralität im Stadtteil vorantreiben, Teilhabe ermöglichen und Bildungschancen im Stadtteil erhöhen.

Eines ist allerdings bemerkenswert: Stadtbezirksamtsleiter Lämmerhirt spricht nun von der Notwendigkeit, auch der sozialen Komponente mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Und er fordert den Erhalt des Quartiersmanagements, um den Schwerpunkt der Quartiergestaltung auf die soziale Entwicklung im Stadtteil zu legen. Bereits jetzt leistet das Quartiersmanagement einen erfolgreichen Beitrag für die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit, durch die Initiierung und Zusammenführung von Aktivitäten im Wohngebiet. Aber die Verschärfung sozialer Probleme im Wohnviertel hat das bisher nicht aufhalten können.

An der Umsetzung des Masterplanes und seiner Fortschreibung sollen die Prohliserinnen und Prohliser, Vereine, Schulen und Kitas mittels einer, alle zwei Jahre stattfindenden, Akteurskonferenz mitar-

beiten können. Es bleibt aber eine Frage unbeantwortet: Wie bekommen die Bewohnerinnen und Bewohner von Prohlis das nötige Geld in die Tasche, um sich ihr Leben selbst gestalten zu können, um Hoffnung zu schöpfen und neue Perspektiven zu entwickeln.

Diese Menschen, die als Langzeitarbeitslose, Arbeitslose oder sogenannten Aufstocker ihr Leben an oder unter der Armutsgrenze bestreiten müssen, brauchen Unterstützung. 2021 waren 14,6 Prozent der 18- bis 64-Jährigen in Prohlis lebenden arbeitslos (in der gesamten Stadt waren es 4,8 Prozent). Nach wie vor sind konkrete Maßnahmen notwendig, die Menschen in Arbeit bringen können. Dafür braucht es zum Beispiel koordinierte Maßnahmen der Agentur für Arbeit und des Sozialamtes mit den vor Ort ansässigen Firmen und Institutionen, die Ausbildung und Arbeit anbieten.

Ein entsprechender Ergänzungsantrag ist in Arbeit. Wengleich das von der Partei DIE LINKE geforderte Grundeinkommen und eine auskömmliche Grundrente die besseren Lösungen wären.

Margot Gaitzsch

Das Konzept beinhaltet im Wesentlichen infrastrukturelle Maßnahmen

ZUKUNFT DES SCHWIMMBADES

Quo vadis Elbamare?

Die Zukunft des Schwimmbades im Dresdner Westen ist ungewiss. Der Mietvertrag zwischen dem Eigentümer und der Landeshauptstadt läuft 2025 aus. Dem Vernehmen nach liegt ein Kaufangebot des Eigentümers vor. Nach Informationen der Bäder GmbH würden Verhandlungen im Hintergrund laufen, alle Varianten würden geprüft. Genau das bereitet vielen Menschen im Dresdner Westen und darüber hinaus Sorgen, denn eine Variante könnte auch die Schließung sein. Vor dem Hintergrund ha-

ben nun Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils eine Petition gestartet, die den Erhalt des Bades als Schwimmbad zum Ziel hat. Die Petenten schreiben in ihrer Petition: »Will die Stadt das Schwimmbad schließen? Wir sagen: Das darf nicht sein, unser Bad soll offenbleiben. Wir wollen, dass die Stadt Dresden das Schwimmbad kauft.« Stadtrat Tilo Kießling betont: »Als LINKE unterstützen wir die Petition. Es wäre komplett irre, ein Bad zu schließen, während an vielen Stellen der Stadt die Knappheit von Schwimmflächen beklagt wird.« *Die Redaktion*



Elbamare: Weiter schwimmen und nicht untergehen

ISTANBUL-KONVENTION

Eine wirklich gute Grundlage

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, auch bekannt als Istanbul-Konvention, ist ein 2011 ausgearbeiteter völkerrechtlicher Vertrag. Der Dresdner Stadtrat hatte im Juni 2020 die Verwaltung damit beauftragt, die Vorgaben der Istanbul-Konvention in der Landeshauptstadt Dres-

den umzusetzen. Das Sozialamt der Landeshauptstadt Dresden hat nunmehr ein entsprechendes Strategiepapier vorgelegt. Das Thema Gewaltschutz wird hierin geschlechterübergreifend behandelt. Denn Gewaltschutz geht alle an.

LINKE-Stadträtin Pia Barkow meint: »Die vor wenigen Tagen in Sachsen veröffentlichte »Dunkelfeldstudie zur Viktimisierung von Frauen« zeigt deutlich, wie weit

verbreitet Gewalt gegen Frauen ist. Sexualisierte Gewalt in Form von Zwang zu sexuellen Handlungen erlebten 30 Prozent der Studienteilnehmerinnen.

Die Täter waren fast ausschließlich Männer, der Tatort meist das eigene Wohnumfeld. Das nun vorliegende Strategiepapier der Stadtverwaltung ist eine wirklich gute Grundlage, um die Hilfestrukturen auszubauen und neue Angebote zu schaffen.« *Die Redaktion*



Der Tatort ist meist das eigene Wohnumfeld

ERSTAUSSTATTUNG FÜR SCHWANGERE UND BABYS

Schnellere Hilfen für werdende Eltern



Die Wohnung muss »babytauglich« gemacht werden

Wenn Nachwuchs auf dem Weg ist, verändert sich viel für die werdenden Eltern. Es bedeutet aber auch, dass eine ganze Reihe neuer Dinge angeschafft werden müssen, um die Wohnung »babytauglich« zu machen. Kinderwagen, Babybett und Baby-Stuhl gehören zur Grundausstattung, ebenso wie Kleidung für den Nachwuchs, ein paar Spielsachen und Kuscheltiere. Das alles kostet. Für diejenigen, die mit dem wenigen Geld des Jobcenters über die Runden kommen müssen, sind diese zusätzlichen Ausgaben nicht zu stemmen.

Daher sieht das Sozialgesetzbuch vor, dass für diese Erstausrüstung ein extra Betrag ausgezahlt werden muss. Das Verfahren, wie die künftigen Eltern diese Leistung bekommen, war in Dresden ziemlich umständlich. Jeder einzelne Gegenstand musste aufgelistet werden, wurde etwas vergessen, gab es dafür kein Geld. Dabei sind die Dinge, die für Neugeborene angeschafft werden, nahezu immer die gleichen. Wieso also sollen alle bei dem Antrag diese immer gleichen Dinge aufzählen? Viel leicht-

ter wäre es doch, wenn bei der Mitteilung einer Schwangerschaft die Leistungsbezieherinnen einen pauschalen Betrag erhalten, mit dem sie all das besorgen können, was sie für ihren Nachwuchs brauchen. Zudem sind die Beträge der einzelnen Gegenstände gedeckelt, die letzte Anpassung erfolgte 2017. Die Inflation und damit einhergehende Preissteigerung wurde also nicht abgedeckt.

Die Ziele unseres Antrages wurden erreicht

Als Fraktion haben wir daher einen Antrag gestellt, dass die Preisgrenzen angehoben werden und dass die Auszahlung in Pauschalen erfolgen soll, damit die aufwändige Beantragung entschlackt wird. Die Verwaltung arbeitete parallel zu der Antragsberatung in den Stadtratsgremien an einer Überarbeitung der Dienstanweisung, welche dem Jobcenter vorgibt, wie die Erstausrüstung ausgezahlt werden soll.

Die neue Dienstanweisung ist nun in Kraft getreten und unsere Ziele des Antrages wurden erreicht: Die Beträge sind deutlich angehoben worden und auch die Auflistung der benötigten Gegenstände ist deutlich vereinfacht worden.

Pia Barkow

ERMÄSSIGTES DEUTSCHLANDTICKET

Alle oder keiner

Es gibt schlechtere Erfindungen als das Deutschlandticket – dachte sich in den letzten Wochen auch Oberbürgermeister Hilbert und schlug dem Stadtrat Mitte Mai Deutschlandtickets für alle Angestellten der Verwaltung vor. Aber auch die Stadträtinnen und Stadträte, sollten von der Regelung profitieren und somit in der Stadtratsommerpause deutschlandweit unterwegs sein können.

Bemerkenswert: Um sicherzugehen, dass unter anderem für sie das Deutschlandticket rechtzeitig zu Ferienbeginn nutzbar ist, wurde der Beratungslauf der entsprechenden Vorlage extrem verkürzt.

DIE LINKE meldete Widerspruch an. Für eine Gruppe ist das Deutschlandticket bisher nämlich nicht erhältlich – Nutzerinnen und Nutzer des Dresdner Sozialtickets. Eine Lösung sei in Arbeit, ist aus der Verwaltung zu vernehmen, allerdings nicht zu Ferienbeginn. DIE LINKE brachte darum auf der Ratssitzung im Juni einen Änderungsantrag ein. Darin wird ergänzend gefordert, dass die Nutzerinnen und Nutzer des Dresdner Sozialtickets endlich eine 50%ige Ermäßigung auch auf das Deutschlandticket erhalten. Der Stadtrat stimmte dem Vorschlag zu.

Das hatte offenbar eine beschleunigende Wirkung. Auf der Sitzung am 6. Juli wurde bei der Neufassung der Richtlinie zur Gewährung des Dresden-Passes beschlossen, dass das Sozialticket durch das ermäßigte Deutschland-Ticket abgelöst werden kann.

LINKE-Stadtrat und DVB-Aufsichtsrat Jens Matthis sagt: »Alle oder keiner. Wenn Stadträtinnen und Stadträte, sowie Verwaltungsangestellte im Sommer vergünstigt deutschlandweit unterwegs sein können, warum nicht auch die, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen? Der Stadtrat hat entschieden: gleiches Recht für alle. Das ist gut.« *Die Redaktion*



Reisend träumen – für ein ermäßigtes Deutschlandticket



Musik wird störend oft empfunden, weil sie mit Geräusch verbunden

SATZUNG STRASSENKUNST

Der Amtsschimmel wiehert zu laut!

Im Februar 2023 flatterte ein Schreiben von der Landesdirektion der Stadtverwaltung auf den Tisch. Gegenstand des Schreibens: Die Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst (Satzung Straßenkunst). Konkret ging es vor allem um die Regelung, dass Straßenmusiker eine Lärmgrenze von 80 dB(A) einzuhalten hätten und extra dafür sollte eine »Mobile Eingreiftruppe« zur Überprüfung der Einhaltung des Grenzwertes gebildet werden.

Was folgt ist eine Fundamentalkritik. Es fehlt schlicht an der gesetzlichen Grundlage für die Lärmgrenze und ein allgemeiner Lärmgrenzwert für Straßenmusik lasse sich auch nicht aus straßenrechtlichen oder aus immissionsschutzrechtlichen Regelungen ableiten. Die Lautstärkebegrenzung verstößt darüber hinaus gegen das Bestimmtheitsgebot. Der Begriff »Lautstärke« wird in der Satzung nämlich nicht ausreichend definiert.

In der Konsequenz ist die Regelung nicht durchsetzbar. Für das Verwaltungspersonal ist nicht erkennbar, was genau wo genau einzuhalten ist. Darüber hinaus ist fraglich, ob das Verwaltungspersonal die Einhaltung vor Ort überhaupt überprüfen kann. Hierzu bedarf es entsprechender Messtechnik.

LINKE-Stadtrat Christopher Colditz meint: »Nach diesen Wirkungstreffern gegen die Lärmgrenze muss die Verwaltung den entsprechenden Passus grundlegend überarbeiten. Ich empfehle eine Lärmgrenze für den Amtsschimmel.«

Die Redaktion

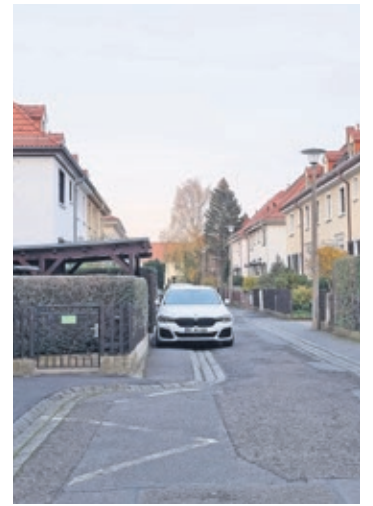
EINBAHNSTRASSEN FÜR REICK

Für alle sicherer

Es geht eng zu auf einigen Straßen in Reick! Deshalb hat DIE LINKE einen Antrag eingebracht, um prüfen zu lassen, ob eine Einbahnstraßenregelung für die Straßen Morgenleite, Am Lehmhaus, Perronstraße und An den Kalköfen eingeführt werden kann. Die genannten Straßen in Reick sind zum Teil extrem schmal und verfügen nur über sehr schmale Fußwege. Durch am Straßenrand parkende Autos wird die Verkehrs-

situation noch so verschlimmert, dass PKW nicht mehr ungehindert aneinander vorbeifahren können. Ganz zu schweigen von der Behinderung des Radverkehrs, da die geforderten 1,50 Meter Mindestabstand nicht eingehalten werden können. Hinzu kommt der schlechte bauliche Zustand der Straße. »Um die Verkehrssituation für alle sicherer zu machen, bietet sich eine Einbahnstraßenregelung an« meint LINKE-Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch.

Die Redaktion



An den Kalköfen – eine Einbahnstraßenregelung wäre sinnvoll

DRESDENS »SMART-CITY-STRATEGIE«

Smart und planlos

Daten sind das Öl des 21. Jahrhunderts. Immer wieder wird die smarte Vernetzung der Stadt von Politik und Unternehmen propagiert und als Lösung aller Probleme präsentiert.

Die Vision einer smarten Stadt, die ihren Idealzustand durch automatisierte, intelligente Prozesse erreicht und damit »effizienter, technologisch fortschrittlicher, gesünder, grüner und sozial inklusiver« wird, ist verlockend. Eben-

dies wird auch in der über 50 Seiten starken Verwaltungsvorlage beworben. Bei näherer Befassung stellt sich zunächst raus, dass es sich nicht um eine tatsächliche Strategie, sondern um neun einzelne Modellprojekte handelt. Dafür werden Fördergelder vom Bund bereitgestellt. Die förderfähigen Gesamtkosten belaufen sich auf knapp 19 Millionen Euro, davon müssen 35 Prozent Eigenmittel (rund 6,6 Millionen) aufgebracht werden. Auf Nachfrage stellte sich

auch heraus, dass der Datenschutzbeauftragte bisher nicht in die Vorlage eingebunden wurde.

Das Thema »Smart City« ist zu komplex und zu bedeutsam, als dass man sich planlos und nur mit Blick auf mögliche Fördergelder hineinstürzt. Der Begriff »smart« fungiert als ein Verkaufsetikett und wird gerade von großen Digitalkonzernen als Lösung für Städte vermarktet. Doch es muss klar die Frage gestellt werden: Wem gehören die Daten und wer profitiert davon? Die Vorstellung, urbane Räume wie auf einem Smartphone zu steuern, birgt die Gefahr der Privatisierung politischer Prozesse.

Die Stadt wird so zur funktionierenden Maschine, in der aber die Bürgerinnen und Bürger am Ende nicht mehr als ein Anhängsel der digitalen Infrastruktur sind.

Wir brauchen eine übergreifende Gesamtstrategie und eine politische, digitale Agenda, die den Grundstein für eine smarte, gemeinwohlorientierte Kommune legt und damit den tatsächlichen Mehrwert in den Mittelpunkt stellt. Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat hat die Vorlage daher abgelehnt. Katharina Hanser



Dresden darf nicht zum Spielfeld der Digitalkonzerne werden

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Susann Dietzschold, Thomas Feske, Dr. Dirk Wagner

Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Anja Stephan, Tilo Kießling, Dirk Wagner, Tilo Wirtz, André Schollbach

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise

DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat / AdobeStock (1); sr_verde / pixabay (2); kalhh / pixabay (2); Markus_KF / pixabay (3); photosforyou / pixabay (3); DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat (3); ElasticComputeFarm / pixabay (4); Christian Gebhardt / wikimedia commons (4); svklimkin / pixabay (5); Skitterphoto / pixabay (5); eLaba / pixabay (6); Paulea / wikimedia commons (6); Jörg Blobelt / wikimedia commons (6); shlomaster / pixabay (7); ErikaWittlieb / pixabay (7); DanaTentis / pixabay (7); Margot Gaitzsch (8); Surprising_Shots / pixabay (8); geralt / pixabay (8)

Redaktionsschluss

4. Juli 2023

Druck

LR Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat